

Donnerstag
Alle Sonn-
n 1. jeden
8. Donnerst.
8. Brauerei,
ab 7 Uhr,
Nachmittag
1. Abend

eden Sonn-
nittags
odenbauern
Mitglieder-
halb 7 Uhr
der, H. B. S.
erammlung
Herrn
erammlung

he Abends,
ab 9 Uhr

Berlin!
Uhr:
mlung
igen
r. 27 a.

altung be-
Tanz.
noch nicht
die der
chmargen-

Filialen.
reiter).
D:
est

tr. 30.
orträger.
Bgl.
de ???
Jorstand.

adorf!
Struh in

III.
Mitglieder-
mu g über-
eracht der
alter Mu-
erstand.

81. 2. Uhr

UNG
Personen

nskr. 51/53

ter unter-
in wir ein
erufer.

erstr.).
Luzem

land.

ie durch
per

land.

erleidet.
Ufer 11.

Die Gewerkschaft.

Organ für die Interessen der in Gemeindebetrieben beschäft. Arbeiter und Unterangestellten.
Publlications-Organ der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
Bezugspreis 80 Pf. pro Quartalsjahr.
Einzelnummer 15 Pf.

Berantwortlicher Redakteur und Verleger:
Kuno Voersch,
Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25.

Insetrate, die 3 gespaltene Seiten
Zeit 30 Pf.
Berammlungs- u. Vereinsanzeigen 15 Pf.
Bei Wiederholung Entmündigung.

Jg. 21.

Berlin, den 7. Oktober 1900.

4. Jahrg.

Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes.

Der "Arbeitsmarkt" schreibt:

"In langsamem Tempo, aber unaufhaltsam vollzieht sich die Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt. In der Eisenindustrie hatten bisher hauptsächlich kleine Betriebe über den Mangel an Beschäftigung zu klagen gehabt, nunmehr sind auch die großen Etablissements teilweise genötigt, aus Mangel an Aufträgen den Betrieb einzuschränken. In verschiedenen Abteilungen des Eisen- und Stahlwerkes Hoch ist bereits die vierjährige Schicht eingeführt; eine ebensole G einschränkung hat auf der Dortmunder Union stattgefunden. Von Seiten der Fo. er wird lebhaft über Geschäftsschlüsse geplagt. Bereits Anfang Juni wurde auf der dritten Generalversammlung des Zentralvereins der deutschen Formier von verschiedenen Rednern eine Überproduktion behauptet, deren Folgen auf dem Arbeitsmarkt rascher eintreten, als befürchtet wurde. Die Auspferung auf den Hamburger Schiffswerften und die Aussortierung der ausgesetzten Arbeiters Seitens der organisierten Metallindustrie Deutschlands lädt darauf schließen, daß im Gegenzug zu den bisherigen Klagen über Arbeitermangel ein starker Rückgang des Bedarfs an Arbeitskräften eingetreten sein muß. Im Textilgewerbe nimmt die Geschäftsflosigkeit überhaupt, namentlich dringen vermehrte Klagen aus den Kreisen der Haushaltindustrie an die Öffentlichkeit, wonach jetzt schon in weitem Umfang periodische oder dauernde Arbeitslosigkeit herrsche. Wie erheblich das Baumgewerbe in diesem Sommer eingeschränkt war, geht daraus hervor, daß die Ziegelindustrie in Westfalen seit längerer Zeit schon bedeutend eingeschränkt arbeitete, neuerdings aber einige Unternehmer die Produktion gänzlich eingestellt. Die fremden Ziegler aus Lippe sind, was eine äußerste Seltenheit ist, in diesem Jahre genötigt, vor Ablauf der Campagne in ihre Heimat zum Winteraufenthalt zurückzukehren. Mit dem Rückgang im Baumgewerbe tritt auch die gewaltige Überproduktion in der Zementindustrie immer mehr zu Tage. Für den kommenden Winter ist im Baumgewerbe eine außerordentlich lange, tote Saison zu erwarten, da in Folge einer Reihe von Umständen die Baumwolle, wie seit Jahren nicht, vermindert ist. - Etwas an den Arbeitsnachweisen wie an der Bewegung der Mitgliedergeschäfte der Krankenkassen zeigt sich die zunehmende Verschlechterung des Arbeitsmarktes. An den Arbeits-Nachweisen kommen auf 100 offene Stellen im August dieses Jahres schon 107,3 Arbeitssuchende gegen 94,1 im gleichen Monat des Vorjahrs. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist gleichfalls zurückgegangen. Denn während im August v. J. nach den Mitgliederlisten der Krankenkassen, soweit sie an die Berichterstattung des "Arbeitsmarktes" angeknüpft sind, die Zahl der Bejdächtigten um 0,5 p. 100. zu genommen hatte, haben wir in diesem August eine Abnahme von 0,05 p. 100. zu verzeichnen. Deutlicher spricht die zunehmende Verschlechterung des Arbeitsmarktes durch einen Vergleich der Ziffern der Arbeitsnachweise während einer Reihe von Monaten in die Augen. Es fanden nämlich auf 100 offene Stellen Arbeitssuchende im Monat:

	1899	1900
März	87,7	94,8
April	99,0	96,7
Mai	101,3	101,2
Juni	93,0	103,4
Juli	100,5	111,2
August	94,1	107,3

Von Mai dieses Jahres ab ist die Verschlechterung eine ununterbrochen zunehmende. Ihre Verstärkung findet sich in dem gleichzeitigen Rückgang der Zahl der beschäftigten Arbeiter. Im Mai stand noch eine Zunahme statt. Im Juni dagegen betrug gegen den Vormonat die Abnahme 0,6, im Juli 1,4 und im August 0,05 p. 100. Nicht nur steigt also das Angebot von Arbeitskräften seit Mai von Monat zu Monat, auch für die bisher beschäftigten Arbeiter ist nicht mehr genügend Arbeit vorhanden — sicherlich eine Konstellation, die einen Winter mit hoher Arbeitslosenziffer signalisiert."

Zu diesen Ausführungen des "Arbeitsmarktes", die unzweifelhaft zutreffend sind, müssen wir noch bezüglich der Einwirkungen, welche eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter ausüben wird, folgendes bemerken.

Die städtischen Betriebe an und für sich leiden in den meisten Fällen nicht unter einer verschlechterten Geschäftslage. Sie sind den Schwankungen des Weltmarktes nicht unterworfen, sondern befinden sich betreffs ihrer Tätigkeit in einem stabilen Verhältnis. Daher kommen auch in ihnen größere Arbeitserkrankungen in Folge verschlechterter Gesellschaftslage nicht vor. Trotzdem aber wäre es vollkommen verfehlt, wenn die Gemeindearbeiter den geschilderten Vorgängen auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens gleichzeitig gegenüberstehen wollten.

Die meisten Gemeindeverwaltungen haben bisher nicht den Grundtag anerkannt, daß die städtischen Betriebe Musterinstitutionen sein sollen. Sie richten sich vermehrt nach den Lohn- und Arbeitsverhältnissen, die in der Privatindustrie herrschen. -- Wiederholte waren wir in der Lage, bestürzte Anerkennungen leitender Personen in den Gemeindeverwaltungen nachzuweisen. -- Wenn nun in der Privatindustrie eine Herabsetzung der Löhne eintritt, so bleibt das bei dem vorher gesetzten Verhalten vieler städtischer Behörden auch nicht ohne Eindruck auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter.

Man wird nicht nur die Löhne in städtischen Betrieben unter Hinweis auf die Zustände in der Privatindustrie herabsetzen, sondern wird sich vor Allem gegen die Verbesserung der heutigen Verhältnisse sträuben. Man wird, sobald die städtischen Arbeiter eine Erhöhung ihrer Löhne, eine Herabsetzung der Arbeitszeit usw. fordern, darum erwidern, daß in den Privatunternehmungen erheblich schlechtere Lohn- und Arbeitsverhältnisse anzutreffen sind. Anerkennung sich doch bereits kurzlich ein hoher Beamter der Stadt Berlin gegenüber einer Arbeiterversammlung in diesem Sinne, indem er besonders auf die Verschlechterung des Arbeitsmarktes in der Privatindustrie hinwies. -- Daher wird es vor Allem notwendig sein, daß die städtischen Arbeiter ihre Organisation mit allen zu Gebote stehenden Mitteln stärken. Je stärker die Organisation, je größer ist auch der Einfluss, den dieselbe auf die zuständigen Behörden und

Körperschaften ausüben kann. Außerdem zeigt uns aber auch die heutige und kommende Situation, daß die städtischen Arbeiter ein großes Interesse an dem Gebiete der anderen Gewerkschaftsorganisationen haben, und diese daher in ihren Kämpfen unterstützen müssen.

Gelingt es den Arbeitern der Privatindustrie, für sich mächtige Organisationen zu schaffen, so wird es ihnen möglich sein, alle Versuche, welche die Unternehmer in den Zeiten des schlechten Geschäftsganges in Betreff der Herabsetzung der Löhne u. s. w. unternehmen, siegreich abzuwenden. Sie werden also auch in den Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges ihre eroberte Position behaupten können.

Dadurch verbessern sich naturgemäß auch die Chancen für unsere Bewegung.

Taht Stärkung und Ausbau unserer Organisation, Ausübung genügender Solidarität gegenüber den anderen gewerkschaftlichen Arbeiterverbänden!

Ein wunder Punkt

Innenhalb unserer Organisation ist die Frage, wie wir uns zu den Verbandsmitgliedern stellen sollen, die aus städtischen Diensten ausscheiden und zukünftig in der Privatindustrie Beschäftigung finden.

In der Privatindustrie spielen sich zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern oft erhebliche Rämpfe ab. Streiks und Auspferungen, die oft Wochen und Wochen dauern, finden statt und Maßregelungen kommen in größerem Maßstab vor. Bleiben nun die betreffenden Verbandskollegen weiter in unserer Organisation und werden sie nun in ihrer neuen Beschäftigung von Streiks, Auspferungen, Maßregelungen usw. bestroffen, so ist unser Verband verpflichtet, für die materielle Unterstützung derselben Sorge zu tragen.

Das können wir aber einmal aus rein materiellen Gründen auf die Dauer nicht durchführen. Unser Verband erhebt nur einen wöchentlichen Beitrag von 15 Pf. Hierzu erhält die Verbandsklasse 50 Pf. d. h. 7½ Pf. pro Woche. Bei diesem minimalen Beitrag, der die Zentrale des Verbandes abzuführen wird, ist die selbe nicht in der Lage, noch größere Summen für Streikunterstützung usw. ausgeben zu können. Unsere Verbände, die mit Streiks usw. viel zu rechnen haben, erheben daher auch von ihren Mitgliedern viel höhere Beiträge als wir. Einige Verbände wollen das beweisen. -- Der Verband der Bau- und Erdarbeiter erhebt einen wöchentlichen Beitrag von 15 Pf.; hierzu bekommt der Verbands-Vorstand 66½ Pf. Hierzu erhält der Vorstand 10-50 Pf. -- die Höhe richtet sich nach dem Verdienst -- pro Woche zu zahlen, von dem die Zentrale 75 Pf. erhält. Der Formier-Verband erhält einen Beitrag von 30 Pf. pro Woche; der Verbands-Vorstand bekommt hierzu 30 Pf. Die Sattler müssen 20 Pf. pro Woche zahlen, wovon die Hauptklasse 66½ Pf. erhält. -- Diese wenigen Beispiele beweisen, daß in den meisten Verbänden die Zentrale erheblich mehr erhalten als das der und der Fall in und daher natürlich auch viel mehr für Streikunterstützung usw. ausgeben können.

Zu angeführten dieser Variante fügt der Verbandsvorstand im Mat d. V. folgendes hinzu:

Verbandskollegen, welche den städtischen Dienst verlassen und zu einem anderen Beruf übergehen, werden gebeten, zu ihrer zuständigen Organisation überzutreten. Verbandsmitglieder, welche dies unter den genannten Umständen nicht tun, können keinen Besitz des Verbandsvorstandes der Streiks, Maßregelungen, Auspferungen, die in ihrem neuen Beruf vorkommen, keine Unterstützung erhalten.

Ausgenommen bleiben sind nur Mitglieder, die mit Gewerkschaftsbezügen des Filialen- und Verbandsvorstandes bei unserer Organisation bleibend, um die sie durch ihre Zugedröhren starkfähig zu unterstützen.

Der Verbands-Vorstand ließ sich aber bei der Ballotina dieses Beschlusses auch noch von anderen Gründen leiten.

Gewerkschaften sind einige gewerkschaftliche Organisationen schon so weit gekommen, daß nur organisierte Arbeiter überwiegend in den fraglichen Berufen keine Beschäftigung finden. Alles muß organisiert sein. Zu diesen Organisationen werden meistens erheblich höhere Beiträge erhoben als bei uns. — Man sieht es aber auch Personen, die nicht aus alter Freude unserem Verbande weiter angehören, wenn sie aus südlichen Diensten scheiden, sondern die deshalb bei uns bleiben, weil sie hier weniger zu zahlen brauchen. Sie weichen sich ihren neuen Kollegen als in einem anderen Verbande organisiert aus und sparen dann jährlich ganz ähnliche Summen. Dadurch schädigt sie einmal die gesamte Gewerkschaftsbewegung, andererseits aber auch uns ganz erheblich, indem wir ihnen gegenüber zu Vermögen verpflichtet sind, die wir bei den gezahlten Beiträgen nicht verdient hätten.

Dieses waren die Hauptabschreibenden Gründe, weshalb der Verbands-Vorstand den erwähnten Beschuß führte. — Gegen denselben sind nun von einigen kleinen Gewerkschaften erhoben worden. Man hat gelautet, daß es darum ungerecht sei, Personen, die jahrelang uns angehört und Rechte erworben haben, nun beim Austritt aus südlichen Diensten, indirekt aus dem Verbande auszuscheiden.

Wir geben zu, daß auch uns der bestreitende Beschuß des Verbands-Vorstands, den wir selbst mitgeschafft haben, nicht ganz befriedigt. Es ist nur in angehoben der ganzen Sache äußerst schwierig, einen Ausweg zu finden, der allen gerecht wird. Der Verbands-Vorstand hat sich daher in einer feinen letzten Sitzung noch einmal mit der ganzen Angelegenheit beschäftigt und unterbreitet hierdurch den kleinen folgenden Vor schlag zur Diskussion.

Es wird ein Streik- und Mahnregelungssondes geschaffen, zu dem diejenigen, die aus südlichen Diensten aussteigen und weiter Mitglied des Verbands bleiben wollen, regelmäßige Beiträge zu zahlen haben. Eine Urabstimmung müßte hierüber beschließen und unter andern die Höhe dieses Extrabeitrages festlegen. Der Verbands-Vorstand sieht einen wöchentlichen Beitrag von 20 Pf. für notwendig. — Wir bitten nun die kleinen, den gemachten Vorhalt in ihren Versammlungen zu diskutieren und dem Verbands-Vorstand ihre Ansichten zugunsten zu lassen.

Wenn der Verbands-Vorstand eingemessen die Meinungen der kleinen in dieser Frage kennen gelernt hat, wird er eventuell eine bezügliche Vorlage ausarbeiten und sie den kleinen zur Urabstimmung unterbreiten.

B. P.

Die Gewerkschafts-Organisationen Deutschlands im Jahre 1899.

II.

(Schluß.)

Die 55 Gewerkschaften hatten im Jahre 1899 insgesamt eine Einnahme von 7.687.154 M. und eine Ausgabe von 6.450.876 M. An Ratenbeiträgen verblieben ihnen 5.577.546 M., wovon allerdings auf den Verband der Buchdrucker 2.724.101 M. oder vor Kopf der Mitglieder des Verbands 103.40 M. entfallen. Aber auch andere Organisationen weisen einen beträchtlichen Ratenbeitrag auf. So die Maurer 453.563 Mark, die Metallarbeiter 385.148 M., die Holzarbeiter 23.210 M., Zimmerer 194.630 M., Porzellanarbeiter 168.058 M., Buchdrucker 146.298 M., Hutmacher 114.736 M. In den übrigen Organisationen betrug der Ratenbeitrag weniger als 100.000 M.

Im Jahre 1891 betrug die Gesamteinnahme der Gewerkschaften (49 Organisationen) 1.116.588 M. Er ist von Jahr zu Jahr gewachsen, besonders aber in den letzten Jahren rapid in die Höhe gegangen. Wenn man jedoch die auf den Kopf der Mitglieder der einzelnen Gewerkschaften entfallende Summe betrachtet, so zeigt sich unter den Beiträgen nicht nur eine volkswirtschaftliche Gewerkschaft, sondern es ergibt sich auch, daß in einigen wenigen Gewerkschaften eine Erhöhung der Beiträge gegen am Kopf der Mitglieder und

Buchdrucker 59.98 M.; Hutmacher 32.74; Bildhauer 25.17; Schmiedemeister 22.74; Gastwirtmeister 19.03; Handelsbuchdrucker 18.99; Steinmetz 18.69; Kupfer schmied 17.97; Formierer 17.77; Porzellanarbeiter 17.77; Lithographen und Steindrucker 17.45; Bläser 17.39; Handlungsdienstleiter 16.39; Brauer 15.57; Zimmerer 15.55; Grävende 15.20; Buchdrucker 15.30; Maurer 14.24; Maler 13.41; Töpfer 13.14; Lackarbeiter 12.90; Bäcker 12.64; Seifenteile 12.01; Steinmischer 11.21; Tabakarbeiter 10.91; Glasarbeiter 10.57; Metallarbeiter 10.55; Bergarbeiter 10.39; Holzarbeiter 10.28; Schmiede 10.26; Formierer 10.25; Müller 10; Lackarbeiter 9.82; Konditoren 9.22; Pöttinger 8.99; Handelsbuchdrucker 8.83; Zattler 8.36; Schneider 8.31; Schuhmacher 7.95; Textilarbeiter 7.86; Fabrikarbeiter 7.55; Schuhmacher 7.43; Gemeindbetriebsarbeiter 7.38; Fleischarbeiter 7.28; Werktarbeiter 7.20; Bureaucantinente 6.36; Stoffware 6.18; Buchdruckereihilfsarbeiter 5.56; Tafelarbeiter 5.28; Buchdrucker 2.17.

Die Beitrags Höhe und dementsprechend auch die pro Kopf entfallende Jahreseinnahme wird in den Gewerkschaften, je nachdem Unterstellungen gezahlt werden, verschieden sein. Es zeigt sich jedoch auch bei den Organisationen, welche die gleichen Einrichtungen haben, eine erhebliche Differenz in der Einnahme, so daß, sofern es nicht in dem größeren Zuwachs an Mitgliedern in der letzten Hälfte des Jahres liegt, hier nicht regelmäßige Beitragszahlung der Mitglieder oder ungenügend Beitragszahler vorhanden sein kann. Als Minimumbeitrag einer Gewerkschaft muß ein solcher von 15 Pf. gelten. Damit muß sich aber eine Jahreseinnahme von 7,0 M. pro Kopf der Mitglieder ergeben.

Die fortgefegte Agitation für höhere Gewerkschaftsbeiträge hat ebenfalls dazu geführt, daß die Gegner höherer Beiträge fast völlig ausgestorben sind und in den letzten Jahren in fast allen Gewerkschaften die Beiträge erhoben sind. Im Jahre 1891 hatten 80 Pf. aller Gewerkschaften einen Beitrag von unter 20 Pf. pro Woche, während im Jahre 1899 nur 27 Pf. mit diesem Beitrag vorherrschen waren. Interessant ist in der nachfolgenden Aufstellung diese Steigerung der Beiträge in den Zeit von 1891 bis 1899 zu verfolgen.

Jahr	Die Brutto- summe der Beiträge in Groschen im Gesamtbetrag	Davon hatten einen Beitrag von unter 15 Pf. unter 20 Pf.		Zahl in Prozent
		Zahl	in Prozent	
1891	30	14	39	80
1892	39	11	25	74
1893	43	12	28	60
1894	44	13	30	60
1895	43	9	21	56
1896	44	10	23	52
1897	52	9	17	42
1898	55	8	15	31
1899	55	6	15	27

Jedebalis steht heute nach den Ergebnissen der Gewerkschaftsstatistik fest, daß eine Beitragserhöhung keinen oder doch nur einen verhindernden Einfluß auf Mitglieder bringt. Es steht zum Beweise vor einige der Organisationen, welche in den letzten Jahren ihre Beiträge erhoben, in ihrer Entwicklung dargestellt.

Name der Organisation	Woch- zeit Beitrags- höhe	1895		1899		Zurnahme gegenüber 1895
		Brutto	Grosch.	Brutto	Grosch.	
Bauarbeiter	10	1750		15.114	983.9	537.08
Brauer	18	6015		25.8681	2663.4	22.25
Buchbinder	25	3871		35.7631	3760.9	97.13
Fabrikarbeiter	19	6737		15.225	1585.5	235.33
Bläser	15	1250		20.2300	1050.8	84.00
Holzarbeiter	15	2992		20.6270	3257.8	168.62
Konditoren	15	330		30.661	331.100.30	
Lederarbeiter	20	3144		25.5369	2225.7	70.77
Uhrgroßhändler	20	4024		40.4621	597.14	48.88
Metallearbeiter	20	33297		30.85013	51716.155.31	
Schmiede	15	1350		25.3350	2000.148.15	
Schneider	15	8000		20.12173	1173.52.16	
Schuhmacher	15	9056		20.16322	7866.86.86	

Nach dieser Wirkung der Beitragserhöhung dürfte wohl auch in den Organisationen mit ungenügenden Beiträgen Neigung zu deren Erhöhung sich einstellen.

Die Aufgaben, welche die Gewerkschaften auf den verschiedenen Gebieten zu erfüllen haben, erfordern es, daß die Arbeiterschaft die Berufsbildung aufstellt, im allgemeinen zuerst die größte Lücke am Berufsbildung auf sich zu nehmen. An den Ausgaben, welche die Gewerkschaften im Einzelnen machen, zeigt sich ihr geprägtes

Richtung der Beitragsverwendung für 1899 veranschlagen für:

Berbandsorgan	55	Organis.	603.559 M.
Agitation	55	-	201.020
Streiks im Beruf	41	-	1.983.140
Streiks in anderen Berufen	51	-	138.778
Rechtsbildung	44	-	54.752
Gewerkschaftsunterstützung	29	-	55.475
Arbeitsmarktentstörung	35	-	304.391
Arbeitslosenunterstützung	20	-	304.677
Krankenunterstützung	15	-	652.825
Invalideunterstützung	4	-	91.524
Sonstige Unterstützungen	32	-	131.484
Stellenanzeigungen	6	-	2.958
Bibliotheken	10	-	4.390
Soz. Zwecke	45	-	147.488
Kosten erzen und Generalveranstaltungen	46	-	102.187
Beitrag an die Generalkommission	51	-	56.029
Postkosten	13	-	3.245
Gehälter	51	-	152.419
Berufswidmungsmaterial	52	-	182.559

Den zweitgrößten verblieben in 45 Organisationen 1.307.698 M.

Zu den Jahren 1891 bis 1899 wurden von den Gewerkschaften insgesamt folgende Ausgaben gemacht: Abdruck 208.489 M., Gemagazetteneinterrichtung 49.691 M., Reiseunterstützung 2.605.445 M., Arbeitslosenunterstützung 2.162.563 M., Krautunterstützung 312.342 M., Invalidenunterstützung 319.118 M., Sonstige Unterstützungen 479.516 M., zusammen für Unterhaltung 9.577.004 M. Für das Berbandsorgan wurden 1.396.477 M. verbraucht, insgesamt also für Unterhaltung und Bildungswerk 12.773.541 Mark. Dem gegenüber steht ein a. s. d. den Berbandsstellen für Streiks gemacht Ausgabe von 6.611.995 M. Die tatsächliche Ausgabe für Streiks stellt sich in diesem Zeitraum bedeutend höher, nämlich auf 11.000.000 M., jedoch kommt aus den Berbandsstellen nur die genannte Summe von 6.2 Millionen Mark.

Es soll mit dieser Gegenüberstellung nicht etwa ver sucht werden, zu beweisen, daß die Gewerkschaften nur Unterstützungsvereine seien und nicht zum wirtschaftlichen Mittel im Gewerkschaftsamt, zum Streit geraten. Insgesamt. Der Streik ist zwar nicht ein absolut notwendiges Mittel, das angewandt werden muß, um den Zweck, welchen die Gewerkschaft verfolgt, zu erreichen, denn dieser Zweck kann bei starken Gewerkschaften auch

durch Verhandlung erreicht werden, aber die hohen Ausgaben, welche einzige die Gewerkschaften für die Streiks gemacht haben, beweisen, daß in diesen Organisationen die Streiks unter allen Umständen und nicht die anderen Mittel vorgenommen, durch die Verhandlung erreicht werden soll. Es liegt uns nicht feiner, als dies in Betracht nicht als richtig anzusehen. Was wir beobachten, ist, daß den Gewerkschaften neben der Fähigung des Vorbildspiels noch die Errichtung von Aufzügen zusätzt, wie sie keine andere Institution, welche Namen sie auch tragen mag, erhält und trifft in ferner Zukunft.

Um so beweisbarer ist die Hege, welche fortgesetzt von dem reaktionären Unternehmens und der in seinem Dienst stehenden Preise betrieben wird. Besonders wird da abgesehen der Berufsbeamten und der Ergebnissen der Gewerkschaftsstatistik nachzusehen, daß ein großer Teil der Erneuerungen von den Aggregaten verschwindet. Es ist nun in der diesjährigen Statistik auch eine Zusammensetzung über die Zahl der in den Gewerkschaftsverbänden eingesetzten Beamten gemacht worden, aus der diejenigen ergibt sind, daß die Zahl der Beamten im Berufsbeamten zu der zu bewältigenden Arbeit i. d. gering und die Belohnung nichts weniger als gering ist.

Zu 8 Organisationen erhalten die Beamten überhaupt keine bezügliche Entlohnung, in 9 Organisationen eine solche, die sie kaum, die Organisationen in den Resten und der Ratschluß zu machen. In 5 weiteren Organisationen sind Beamten, welche wichtige Funktionen zu erfüllen haben, nur minimale Entlohnungen zugesetzt, wenn neben ihnen ein voll besoldeter Beamter vorhanden ist. Alle diese Beamten warten im Dienste und vorbehaltlos ihrer Kollegen und Kolleginnen die wenigen Gewerkschaften, die ihnen zur Erfüllung dienen sollten, oder laufen sich während der Ratschlägen den Schlag, sich so im Dienste der Organisation aufzubringen und frühzeitig die körperliche Widerstandsfähigkeit einzubauen.

Von den voll besoldeten Beamten erhalten nur 14 ein Jahresgehalt von 2000 M. oder mehr. Sie müssen sich mit einem zwischen 1200 bis 1500 M. begnügen. Den staatlichen und kommunalen Beamten, welche ohnedies Ratschläge geben wie die Beamten der Gewerkschaften zu machen haben, werden ganz andere Gehälter geboten. Ganz anders aber ist die Lage der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft, die sich als Träger der Kultur bezeichnet und, ausgehend mit Orden und Ehrenzeichen, bei freilich und Gelegenheiten nicht genug ist und über Klasselosen Meinungen für die Übertragung deutscher Kultur ins Ausland zu loben wissen.

Die Gewerkschaften haben erweiterlich sich als im Dienste der Kultur wissende Institutionen und müssen alle, welche den Ratschlägen widmen, über die günstige Entwicklung, welche die Organisationen entwirken, freuen zu können. An der Arbeiterschaft wird es liegen, ihre sozialen Institutionen zu weiteren Kämpfen zu führen und zu richten. Es muss alles daran gelegt werden, die noch lebendigen Arbeiterschaften zu den Gewerkschaften heranzuführen, um dem vaterlosen Proletariat eine aktionsbereitende Platte einzugeben und dem Schindluderispiel mit der Arbeiterschaft ein Ende zu bereiten.

Zur Abstimmung über die Krankengeld-Zuschusshäuse.

Ganz irrationale Auffassungen herrschen bei einigen Organisationen über die Krankengeld-Zuschusshäuse. Sie stimmen mit Ihnen gegen die unzureichende Vorlage, weil sie eine Krankengeld-Zuschusshäuse nicht notwendig haben, indem sie in Krankenfallen von Seiten ihrer Bevölkerung eine Unterstützung erfordern. Die Abstimmungsergebnisse, welche aus dem angeführten Grunde nicht gegen die Vorlage ausgetragen, müßten der Berbandsvorstand für ungültig erklären. Darüber, ob eine Krankengeld-Zuschusshäuse in's Leben treten soll oder nicht, haben die kleinen abstimmen nicht abzurütteln. Die General-Berufsbildung des Verbands, welche in den Berufsbildungen an Berlin stattfindet, hat die Einführung einer solchen Kasse befohlen. An diesem Berufstag gibt es nichts zu tun, da die General-Berufsbildung nach dem Statut die o. J. Anfang des Berufstage ist. — Die kleinen, welche eine Krankengeld-Zuschusshäuse nicht notwendig haben, brauchen sich auch an der Abstimmung nicht zu beteiligen. Diese kleinen Institutionen und den anderen Berandsfolgeren, welche noch nicht so günstig gestellt sind, eine gegenseitige Unterstützung zu geben!

Dann erfüllen sich einige kleinen gegen die unterbreitete Vorlage, weil der Abzug d. in § 4 lautet:

„Die Abstimmungen sind freiwillig und nicht den Mitgliedern ein klarabgesetztes Recht auf dieselben nicht.“

Wir hatten unseren Ratschlägen denn doch etwas mehr sozialpolitisches Gewicht zugesetzt als solche eine sozialistisch bringen uns unterliegen es daher, diesen Paragraphen wieder zu begründen:

Mit Gehaltsoffizie bis zu einkommensmäßig Markt oder mit Haft wird bestrafen: wer getreuliche Beziehungen zuwidert: ohne Genehmigung der Staatsbehörde die Ausübung eines Berufes, Berufe, Berufsbildungen, Berufsbildungsanstalten oder andere dergleichen Gewerkschaften oder kleinen errichtet, welche bestimmt sind, gegen Zahlung eines Entlastungsgeldes oder gegen Leistung von 100.000 Mark beim Eintritt gewisser Beziehungen oder kleinen Zahlungen an Kapital oder Renten zu leisten.“

Wenn wir also eine Krankengeld-Zuschusshäuse gründen wollen, die allen ihren Mitgliedern ein klarabgesetztes Recht auf Unterstützung gewährt, dann müssen wir hierzu die Genehmigung der Staatsbehörde haben, sonst machen wir uns strafbar.

hohen Aus-
sichten der
Streits ge-
genüber der
allen Um-
gebung, durch die
die Feste und
Festivals zu
zähmung des
zusätzlichen
zu
ausdrücken.

gelebt von
in seinem
sonders wird
Ergebnissen
einem großer
vergleichbar
ist auch
durch den Gewer-
ft worden.
beamten im
ihr gering
und in
überhaupt
in eine
in den
weiteren Or-
funktionen
zugehen zu
Beamter
Dienste und
die wenigen
sollten, oder
Schlaf, sich
und ruh-
dig.

Es nur 14 ein
Siedlung
beglaubigt,
die obnützige
wirtschaftlichen
neuer gebrauch
der Arbeiter
leuten, als
bezeichnet
bei freis-
er Klasse
dem

im Dienste
Alle, welche
Zweckstellung.
An der
den Institu-
tutionen. Es
zweckenden
verbunden, um
zugehörige
experten mit

ranken-

bei einigen
Sie summieren
seit sie eine
ken, indem
schöde eine
stelle, welche
Vorlage aus-
gültig
auslade in
auskämpft
des Ver-
nachhand-
stellen.
An
da die Be-
zustand
an Stanken-
rauchen sich
gen. Diese
abfolgen,
gegentüme

die unter-
stet:

und nicht
dieselben

denn doch
als solche
aber, diesen
belegt fol-

zufügt Markt
hohen Bejum-
nung der
der Witten-
der bestimmt
oder gegen
gewisser Be-
kapital über

esse gründen
bares Recht
wie zu die
die haben.

Bei der heutigen Stellung der Staatsbehörden gegen die Arbeiterorganisationen benötigen wir aber nicht die einzige Weise, und unter der dauernden Ansicht der Behörden zu stellen, ganz absehn davon, ob wir jetzt praktische Vereinigung erhalten.

Dann aber hat eine eingeführte Hilfskasse nach einer kleinen Abstimmung im Mindestentwurf der sächsischen Arbeitsschule der letzten fünf Neugründungen anzunehmen.

Wenn wir also auf dieser Grundlage eine Kasse eröffnen wollten, so müssten wir auch ganz andere, viel größere Forderungen erheben. — Heute kommt aber bis zu gegenwärtig die Staatsbehörde gerade dabei ist, eine neue Vorlage anzubereiten, welche die Verbindung zwischen den freien Hilfskassen begreift. Die freien Hilfskassen sind schon lange den bestehenden streben um Durchsetzung, weil sie als selbständige Gebilde der arbeitenden Volksbildung dienen. Sodie Selbständigkeit der Arbeitsbildung aber liegt man. Dabei wird auch schon jetzt, als der Vereinigung dieser Kassen gearbeitet. Festhalten wir nur eine Kasse, welche die praktische Vereinigung nicht bedarf. Das kann wir die dann nicht nur den Mitgliedern, sondern auch für alle anderen Arbeitnehmern gewährten. Selbstverständlichkeit ist, daß der Verband-Berlin reagiert. Die Kasse und die moralische Verpflichtung zur Beisprechungen betrifft der Unterstellungen zu halten, so wie die einzelnen Kästen ihren Mitgliedern ohne Nachteil Rechte unterstreichen gewähren, so gut wie viele andere gewerkschaftliche Organisationen tun. Wenn wir kommen wir dieses innerhalb des Staatsgebietes einzuführen auch machen.

Da es einige Kästen bei der Abstimmung von zwei innerstaatlichen Vorlagen ausgegangen sind, ist der Verbandsvorstand den Abstimmungstermin bis zum 1. November verlängert.

Wir erwarten daher diejenigen Kästen, welche sich bei der schon fortgeschrittenen Abstimmung von solchen innerstaatlichen Ansichten leiten ließen, noch einmal die Vorlage in einer Versammlung zu behandeln und uns dann das Ergebnis einzusehen.

Der Verbands-Vorstand.

Verbandsstheil.

Verbandsvorsitzender: **P. Siebig, Berlin S.**, Urbandstraße 34. Geschäftsführer: Sekretär des Verbandes: **Bruno Poersch, Berlin W.**, 30. Winterfeldstr. 25, Postamt III. Sprech. von 10 - 12 Uhr. Samstag. Sonn- und Feiertags in die Geschäftsstelle geschlossen. Verbandsfassirer: **V. Postels, Berlin N.**, Tresowdstr. 48. Alle Verbandsvorsitzenden, Anträge u. und nur an den Verbandsfassirer alle Geldbündungen, mit Ausnahme derjenigen, welche für die Gewerkschaft bestimmt, sind nur an den Verbandsfassirer zu richten.

Geldbündungen für die Gewerkschaft gehen an **V. Poersch**.

Vorsitzender des Ausschusses: **V. Schulz, Berlin S.**, Haushalterstraße 21.

Korrespondenzen.

Zur Frechung!

Berichte, Notizen u. wieviel noch in der nächsten Nummer Aufnahme finden sollen, müssen mindestens eine Woche vor Erscheinung derselben in den Händen der Redaktion sein. Jedes kommt nur nur dann bestimmt auf Aufnahme hoffen, wenn es einer größeren Umarbeitung nicht bedarf. — Bei allen Einsendungen ist darauf zu achten, daß sie auf einen besondern Zweck gedrehten und nicht nur Aufklärungen für den Verbands-Vorstand verbunden sind. Außerdem ist stets nur die eine Seite des Papieres zu bearbeiten.

Charlottenburg. Hier wurde am 18. September, in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung die Abstimmung über die Vorlage zur Kaufhaus- und Stabekäfe vorgenommen. Außerdem ist sie sehr erregt. Debatte vorangegangen war, so wie endlich zur Abstimmung gefordert wurden. Die Vorlage wurde mit 36 Stimmen angenommen, während eine Stimme dagegen war. Zwei weitere Punkte der Tagesordnung mussten vertagt werden.

Dresden. Sonnabend, den 15. September, fand im Kolosseum eine öffentliche Versammlung der in Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken beschäftigten Arbeiter statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhielt die Versammlung das Audienz unter Beobachtung und Vorlesung Wilhelms Liebholz durch Schreiben von den Plänen. Hierauf legt Redakteur Niem den Anwendenden die wichtigsten, auf den Arbeitsvertrag bezüglichen Bestimmungen des neuen Bürgerlichen Betriebsvertrages dar und zeigt an zahlreichen Beispielen, wie das Unternehmen bemüht sei, den Arbeitern das im neuen Bürgerlichen Betriebsvertrag gerechte Recht illoslich zu machen. Der Redakteur weiß darum bin, daß nur eine normale Organisation im Stande ist, einer derartigen Unternehmenswillkür wissentlich entgegen zu arbeiten, und er ermahnt die Anwendenden, Mann für Mann dem Verbande beizutreten.

Redakteur Niem lobt den Referenten am Schlusse seines 1½-stündigen Berichtes.

Es wird folgende Resolution von der Versammlung einstimmig angenommen:

„Die heute im Kolosseum tagende öffentliche Versammlung erklärt sich mit den vorgebrachten Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verfügt, mit allen ihr zu Gebote stehenden gelegentlich erlaubten Mitteln die Rechte, die ihr das neue Gesetz erfordert, zu erstreben und zu behaupten.

Über den zweiten Punkt der Tagesordnung erhielt Kollege Alte Bericht. Derselbe detailiert im Besonderen die aufgearbeitete Petition, welche nunmehr dem Rath in Dresden unterbreitet werden soll, und schlägt vor, jedem Kollegen ein Exemplar der gedruckten Petition auszuhändigen und nachdem die Unterzeichneten zu handeln, damit die Behörden auch sehn, daß die ganze Arbeiterstadt Dresdens dahinter steht und nicht wieder gejagt werden kann, daß nur die Aufwiegler und Heger die vor Forderungen gestellt haben. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Unter Gewerkschaftliches wurden die ungenügenden Infrastruktursicherungen in den Betrieben kritisiert. So ist z. B. festgestellt, daß allein in den südlichen Betrieben innerhalb 6 Monaten vier Unfallsfälle mit tödlichem Ausgang vorgekommen sind, was die mangelnden Sicherheitsvorkehrungen der südlichen Mitarbeiter genug dokumentiert. Nach einer kurzen Erörterung des Vorstehenden, recht zufrieden mit den Verbund zu agieren und die „Sächsische Arbeiterzeitung“ durch Abonnement zu unterstützen, schließen derselbe die Sitzung, die jüdischen Corporationen hätten in der Lohnfrage ihre volle Pflicht und Schuldigkeit gethan. Dresbach habe widerhold gelagt, daß man die Forderungen der Arbeiter anerkenne, aber man müsse doch wissen, was man bekomme, sonst erhalte man schließlich gar nichts. Redakteur führt aus: Auch ohne das Dekret der Arbeiter für die Aktion kann für die Forderungen der Arbeiter eingesetzt. Die Ausschüsse der folgenden Redene enthalten ebenfalls mehr oder minder starke Anträge auf die Arbeiterversetzung auf dem Arbeitsmarkt. Ein Arbeiter verlängt sich, daß man jegliche Leute mit 3 M. emplie, während andere, die in südlichen Diensten alt und grau geworden, bei ihnen 2 M. 75 Pf. leben geboten. Von Seiten eines Grämervertrags wird die Hauptlast der Abhängigkeit in den südlichen Betrieben in Bezug auf Bezahlung und Behandlung vornehmlich dem anmägenden Verhalten des Reichstags gegenüber den Arbeitern zugeschrieben, womit er weiters bestimmt wird. Von verschiedenen Seiten wird derzeit Borsig erhoben, daß Güterumschlagsmache sich in unliebsamer Weise breite. Auch die oft 15-jährige Tagesarbeit der Fabrikleute ohne jede Erinnerung wurde zur Sprache gebracht. Nach den Ausführungen verschiedener Redner liegen die Verhältnisse in jenen Betrieben sehr im Argen. Das Ereignis kommt der Stadtstraße bei Ausflugsveranstaltungen an die Arbeiter sehr zu männlich über. Räumlich zwischen den Stadtvororten Gräber und Sora entwirkt sich eine mehrjährige Debatte. Auch die anwesenden Stadtvororten Schneider und Koos ergriffen das Wort und meinen, daß der Stadtrath und der Bürgerausschuß gehabt habe, was er nach Vage der Sache thun konnte. Am Schluss der Debatte, der erst gegen 10 Uhr erfolgte, gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Plagdeburg I. Die Sitzung hält am 15. September in Winter's Hof, Naglerstr. 86. Ihre Monatsversammlung ab. Den 1. Punkt der Tagesordnung, „Abstimmung über die Vorlage zur Krankenversicherung“, erläuterte Kollege Poersch. Die Vorlage wurde mit 23 gegen 1 Stimme angenommen. Als Delegierte zum Gewerkschaftskartell wurde Röhl gewählt.

Um den Mitgliedern eine genügende Bekanntmachung der Verhandlungsergebnisse zu geben, wurde beschlossen, jeden Sonnabend nach dem 15. im Monat in Winter's Hof, Naglerstr. 86, die Monats-Versammlungen tagen zu lassen und die Termine gleichzeitig in den Verbandszeitung „Hubris“ Versammlungs-Anzeigen, zu veröffentlichen.

Unter Punkt „Beschiedenes“ wurde über das schroffe und ablehnende Verhalten des Direktors Dittmar, bei welchem Kollege Burkhardt um Arbeit antragte, darüber und auf das Schicksal von den Mitgliedern verweilt, ebenso die Handlungsweise der Firma Höller, wo Burkhardt seit Mai d. J. in Arbeit gestanden, von der Firma aber angeblich wegen Mangel an Arbeit entlassen worden ist. Nachher daß sich aber herausgestellt, daß die organisiatorische Tätigkeit des Kollegen die Firma zur Entlassung deselben veranlaßt hat, Es wurde eine Kommission von 4 Personen gewählt, welche nochmals wegen der Entlassung sehr Wiederentstehung Burkhardt's mit der Firma Höller unterhandeln soll.

Wismar. Der Abstimmungsbeschluß der südlichen Betriebe über das abgelaufene Jahr ergab infolge der in allen Verwaltungen erzielten Verbesserungen einen bis jetzt noch erreichten Überschuss von mehr als 700 000 M.

Mannheim. Eine große Protestversammlung der südlichen Arbeiter tagte am Sonntag den 23. September in der Gambrinusbühne. Das Hofrat war bei Beginn der Versammlung um 7 Uhr. Das Hofrat überstellt. Es handelt sich um die Stellungnahme zu den von den jüdischen Arbeitern aufgerufenen Forderungen. Das Rektorate hatte Arbeitnehmer-Klausuren abnehmen lassen. Zur eingehenderen Weise begründete Redner die Forderung der von den jüdischen Arbeitern eingereichten Forderungen. Redner erkennt wohl das Verhältnis der südlichen Verwaltung, den Arbeitern Bräutigamungen zu erweisen, so in d. n. legen Monaten die Schaffung einer Pensionanstalt, während aber als derartige Vergünstigungen nur eine angemessene Ausweitung des Gehalts, die Sicherung einer angemessenen Existenz. Bereits Anfang März liegen die Forderungen eingereicht worden, bis heute noch nie über noch nicht bewilligt. Wenn das zu d. nächsten Monat geboren werde, dann habe ich augenfällig vornehmlich Entschluss gezeigt durchzusetzen. Redner berichtet, daß die in der erwarteten Entschließung, die Arbeitnehmer auf 3 M. lohnfähig werden, der vorstehenden Sitzung kein soll. Heute und zu diesem 1. Vorbaujahr A. Anfangslohn 4 M., Höchstlohn 4,50 M., für handelsfähige Handarbeiter, Wagner, Männer, Schmiede, Zimmer, Schuster, Tischler, Bäcker, Blinder, Blinde, Monteur, Maschinenarbeiter, Aszialarbeiter, Schreiber und Schreiner, 2. Vorbaujahr B. Anfangslohn 3,50 M., Höchstlohn 4 M., nicht handelsfähige Handarbeiter, Abisier, Schmiedenarbeiter, Wagenmacher, Maschinenarbeiter, Schreiner, Spülmeister, Spülmeisterin und Kanalreiniger, 3. Vorbaujahr C. Anfangslohn 3,30 M., Höchstlohn 3,60 M., Vorarbeiter, Führer, Nachtmutter, Gebärdarbeiter, Gartenarbeiter, Höllensmagazin, Mergelstein, Gebärdarbeiter, Tagelöhner der Grubenunterhaltung, Außenräder und Vorarbeiter im Glaswerk Lindenholz 4 Vorbaujahr 3 M., Höchstlohn 3,30 M., Straßenreiniger, Räumarbeiter, Gartenarbeiter, Verladearbeiter und Transportarbeiter. Diese Forderungen setzen das Mindestmaß darin, was der Arbeiter verlangen muß. Am Ende seiner äußerst sachlichen Ausführungen erläutert Redner die dringende Erwartung aus, daß die Forderungen der Arbeiter Berücksichtigung finden. Der zweite Redakteur des Abends war der Vorsteher der Zabstelle III Kollege Sora. Redner unterzieht die Palme des Stadtraths und des Bürgerausschusses, bestellt der Fraktion der Riedenbauräte, gegenüber den Forderungen der Arbeiter eine scharfe Kritik. Die Mitglieder der Fraktion der Riedenbauräte stehen löslich durch die Arbeiterschaft in die südliche Verbindung ge-

wählt worden, man könne von ihnen verlangen, daß sie mehr als seither ihre Pflicht thun und den Forderungen der Arbeiter Gehör verschaffen. Leider sei es eine Thatsache, daß von circa 1000 südlichen Arbeitern nur 400 organisiert sind. Redner rüttet deshalb einen energischen Appell an die Anwohner, den Verbands heranzutreten. Die nun folgende Diskussion war eine sehr erfreuliche. Herr Stadtvorsteher Gruber nimmt den Stadtrath und den Bürgerausschuß gegen die Ausführungen Sora's in Zug, die jüdischen Corporationen hätten in der Lohnfrage ihre volle Pflicht und Schuldigkeit gethan. Dresbach habe widerhold gelagt, daß man die Forderungen der Arbeiter anerkenne, aber man müsse doch wissen, was man bekomme, sonst erhalte man schließlich gar nichts. Redakteur führt aus: Auch ohne das Dekret der Arbeiter für die Aktion kann für die Forderungen der Arbeiter eingesetzt. Die Ausschüsse der folgenden Redene enthalten ebenfalls mehr oder minder starke Anträge auf die Arbeiterversetzung auf dem Arbeitsmarkt. Ein Arbeiter verlangt sich, daß man jegliche Leute mit 3 M. emplie, während andere, die in südlichen Diensten alt und grau geworden, bei ihnen 2 M. 75 Pf. leben geboten. Von Seiten eines Grämervertrags wird die Hauptlast der Abhängigkeit in den südlichen Betrieben sehr im Argen. Das Ereignis kommt der Stadtstraße bei Ausflugsveranstaltungen an die Arbeiter sehr zu männlich über. Räumlich zwischen den Stadtvororten Gräber und Sora entwirkt sich eine mehrjährige Debatte. Auch die anwesenden Stadtvororten Schneider und Koos ergriffen das Wort und meinen, daß der Stadtrath und der Bürgerausschuß gehabt habe, was er nach Vage der Sache thun konnte. Am Schluss der Debatte, der erst gegen 10 Uhr erfolgte, gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die am 23. September im Saale der „Bam-
biusdale“ versammelten Arbeiter der südlichen Betriebe erheben mit Einstimmung in Protest gegen die bisher geübte Verjährung der Einsiedlung über die von den südlichen Arbeitern bereits im Januar erlobten Forderungen. Sie erklären die dort gesetzten Forderungen für das Monatessatz bestimmt, was im Interesse der Kultur, der Gesundheit und des Familienlebens, zumal in Anbetracht der hochgelegerten Lebensunterhaltsosten, gefordert werden muß. Sie erwarten von den Arbeiterversetzen im Bürgerausschuß die entschiedene Wahrnehmung der Rechte der südlichen Arbeiter und verpflichten sich die Kollegen, unbeteckt und unermüdet für die Verwirklichung ihrer gerechtfertigten Forderungen: des Mindestlohnes von 3 M. und entsprechender Ver-
mehrung der übrigen Löhne, einzutreten.“

Aus unserem Beruf.

Unser Bericht in Nr. 19 der „Gewerkschaft“, in welchem unter Anderem die mangelhaften Abstellungen der aufgeworfenen Gaben bei den Arbeitern der Garde-
trotz der ausreichenden Belebung gezeigt werden, muß doch den aufzuführenden Beamten, Obermeister Pauli, sehr in Parisch betracht haben.

Räddem an der Arbeit in seinem Stammlokal, in welchem auch des Obers der Gewerke verkehren, auch Arbeitsschüler — welche glauben, sich durch Schmiedebedienste die Sämt der Begriffe zu erlangen — erachteten, wie der betreffende Arbeiter bei, welcher die ungenügenden Haushaltungsvoorbereitungen in der Verwaltung tätigte, war Herr Pauli gleich mit der sofortigen Entlassung des Arbeiters bei der Hand.

Anderer Unterreden gegenüber ließ der Redakteur nicht die Anerkennung fallen, er würde alle die Arbeit zu leisten, und ob die Gaben abgestellt werden müssen oder nicht. Um so fahrlässiger ist es daher, wenn der Herr am ganzen Tag bei den Arbeitern steht und nicht vorantreibt, daß der Arbeiter ob: Lebenszettel aufzubauen kann, um dann weiter zu arbeiten. Redakteur will dem Arbeiter das Büchlein, betreffend die Haushaltungsvoorbereitungen u. a. bei Gas- und Wasserabordnungen zum eingehenden Studium übergeben, leide, daß die Arbeit nicht voll und ganz bearbeitet und der Arbeitsabend bezeugt beachtet ist: wegen allzuvielen Dienstes nicht. Es kommen ja sonst die Millionen Leute, welche die Gaben abholen, nicht heraus. Redakteur möchtet mir dem Herrn Redakteur antragen, seine Zunge mehr in Zunge zu halten, dann das Kommt gehört mir zur Zootologie und der Oste ist gewiß von großer Bedeutung. Einem Mann von Bildung gelingen noch dicke Aussprüche Menschen gegenüber nicht.

Was nun die plötzliche Entlassung des Arbeiters anbelangt, der ja vorher ein außerordentlich tüchtiger Mensch gewesen sei soll, und mich in doch die Voraussetzung, die sonst eine solche Entlassung erfordert, so ist die einzige Erklärung, daß der Arbeit verschuldet ist, und der Arbeitgeber ist schuldig, daß die Arbeit nicht voll und ganz bearbeitet und der Arbeitsabend bezeugt beachtet ist: wegen allzuvielen Dienstes nicht. Selbst auf den Fall hin, daß ich nicht alles so verhalten hätte, wie die Auslagen des Arbeiters verlangen, wäre wohl eine solche Entlassung durchaus möglich, doch die Zeit fehlt das Urteil.

An Anträge treten indessen wie auch dem Vorarbeiter Baumann, welcher d. m. oben genannten Dienst unzufrieden ist, haben, in seinen Kraftanordnungen etwas zurückhaltender zu sein.

Kommt da aus Oberbien ein arbeitsloser biederer Mann und findet hier auf der südlichen Gasanlage Arbeit. Derselbe wird Herrn Baumgart angestellt und arbeitet nun in Unkenntnis der Dinge so gut er eben kann. Doch mit des Geistes Mächen ist kein ewiger Friede zu schaffen und das Unglück schreitet in Gestalt des Herrn Kolonenvürkers davon. Der biedere Landemann hat nach Ansicht des Herrn nicht schönes und gut genug gearbeitet. Statt dasselben nun in menschenswürdiger Art zurück zu setzen, brüllt er ihm inverstinent an, wenn er nicht Lust hätte zum Arbeiten, solle er wieder darin gehen, wo er den gekommen sei und die Schweine sitzen. Der Landsmann muss doch mehr Bildung besessen haben, als sein näherer Vorgesetzter, denn er hat es an anderen Dingen vorgetragen, die Nähe des Herrn zu meiden. Er ist keine Strafe weitergezogen. Herrn Baumgart aber möchten wir das Büttem-Umgang mit Menschenkenken, Anspieß's Weise, zum Studium empfehlen.

Der Berliner Markthalenarbeiter ist seiner Zeit von Seiten der Diktatur verstoßen worden, doch nie minderlich jeden dritten Sonntag dienstfrei sein sollten. In den meisten Fällen in dieses Versprechen auch durchgeführt und bisher innegedachten worden. Nur der Inspektor der V. südlichen Markthalle (Magdeburger Platz) schafft sich um das gegebene Versprechen nicht und gewährt seinen Arbeitern nicht die bewilligte Sonntagsruhe. Hoffentlich tritt die Direction der Markthallen den fraglichen Dingen näher und trägt dafür Sorge, dass auch die Arbeiter der V. Halle jeden 3. Sonntag einmal Ruhe haben.

Die Dresdenner Kollegen haben folgendes Gesuch an ihre zuständige Behörde gerichtet:

Dresden, im September 1900.

An den Rath zu Dresden.

Die Arbeiter der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke erlauben sich die Bitte um Lohnertöbung dem Rath zu Dresden vorzulegen:

1. Gasarbeiter.

- a) Lohn der Feuerleute pro Stunde 50 Pf.
- b) Lohn der Feuerarbeiter pro Stunde 40 Pf.
- c) Aufzoldlohn bei dem Röhrenabladen:
 - für 10.000 kg 3 M. 60 Pf
 - 12.500 - 4 -
 - 15.000 - 5 - 50 -

2. Gas- und Wasseroberleger.

- a) Einführung der 10 stündigen Arbeitszeit.
- b) Lohn der Auszüchter pro Stunde 41 Pf.
- c) Lohn der Hobelsleger pro Stunde 44 Pf.
- d) Rahtdienst der Wasserverwaltung pro Stunde 82 Pf.
- Überstunden 25 Prozent Zuschlag pro Stunde.
- Nachtarbeit 50 Prozent Zuschlag pro Stunde.

3. Arbeiter der Elektrizitätswerke.

- a) Lohn der Kohlenfahrer pro Stunde 40 Pf.
- b) Lohn der Holzarbeiter pro Stunde 40 Pf.
- c) Lohn der Pugier pro Stunde 40 Pf.
- d) Lohn der Schärer pro Stunde 45 Pf.
- e) Lohn der Schleicherlernender pro Kessel 160 M.

Begründung.

Die Lohnentzügungen werden deshalb gewünscht, weil die gegenwärtigen Löhne zur Lebensunterhaltung nicht ausreichen, da die Preise für den Arbeiter notwendigen Lebensmittel bedeutend gestiegen sind. So sind, um nur die dampfsächsischen Lebensmittelpreise anzuführen, Brot, Butter, Schmalz, Mehl, Gemüse und Hüttenschläuche 4 bis 10 Pf., Käse 20 Pf., Getreide 10 bis 25 Pf. pro Pfund gestiegen; weiterer Steigerung steht noch bevor. Zerner sind Schuh, Schnitt- und Wollwaren 8 bis 10 Prozent, Röcke 10 Prozent, Käse 20 Prozent, Brötchen 80 Prozent, Wohnungsmiete 40 bis 50 Prozent gestiegen.

Zerner, nach der Berechnung des Sozialvolunteers Dr. Rastow, Mitglied des Charlottenburgischen Magistrats, sind zur Anhänger der Lebensmittel einer Familie bestehend aus 2 Erwachsenen und 2 Kindern, in Dresden 19.35 M. notwendig nötig, wenn sich die Eltern so ernähren wollen, wie dies die deutsche Marineverwaltung betrifft, obwohl Soldaten sie notwendig erachtet. Es kann viele Arbeiterfamilien mehrere wie 2 Kinder benötigen und noch Ausgaben für Wohnung, Kleidung, Haltung, Beladung und Steuern einzufordern, so in es nicht möglich, bei den jetzt bestehenden Löhnen auszukommen. Auch sollen nach Ansicht der Wissenschaftler und Sozialpolitiker Gemeindebetriebte Mitarbeiter sein und dabei in erster Linie die Löhne so festlegen, dass dieselben, ohne Nebenkosten der Familienmitglieder der Arbeiter, zu einer angständigen Existenz ausreichen, ohne die geringste Mühsal auf die Lage des Arbeitsmarktes zu nehmen.

Aus allen diesen Gründen leben sich die untereldneten Arbeiter veranlaßt, eine Vorwerfung, wie vorgestragen, zu erheben, wenden und daher vertrauen voll an den Rath zu Dresden, von der Überzeugung hergetragen, dass darüber recht bald weitere Würde gebracht werden möge und geschehen in dieser Erwartung.

Hochachtungsvoll
Die Arbeiter der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke der Stadt Dresden.

Bundschau.

Die deutsche Metallarbeiter-Zeitung erscheint jetzt in einer Auflage von 100.000 Exemplaren, was bisher weder einem deutschen Metallarbeiterblatt, noch einer politischen Arbeiterzeitung zu erreichen möglich war. In einem „Zubildungs-Artikel“ wenn du Redaktion daran kommst, dass die Abteilungsredaktion des Verbandes, deren Mitglieder ja den weitaus größten Prozentzahler der Abonnenten stellen, kaum 2.000 getragen ist, und dass bei der Gründung des Deutschen Metallarbeiterverbandes 1891 die Auflage der Zeitung knapp 15.000 Exemplare betrug, drei Jahre später auf 34.700 und 1898 schon auf 77.300 geliegen war. Trotzdem stehen noch ungezählte Mengen

in der Metallindustrie außerhalb der Organisation, aber die Elite der deutschen Metallarbeiter ist es unzweifelhaft, die sich um die Fahne des Verbandes und seine Zeitung gekämpft hat.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, welcher vom 17. bis 21. September in Mainz stattfand, lebte es ab, die Neutralitätsfrage der Gewerkschafts-Bewegung zu erörtern. Außerdem deutete er, dass die sozialdemokratische Partei sich zufrieden an den Wahlen zu beteiligen habe.

Der internationale Sozialisten-Kongress, der in Paris stattfand, beschloß die Errichtung eines internationalen Arbeitersekretariats, welches seinen Sitz in Brüssel haben soll. Dieser batte die internationale Sozialistengemeinschaft nicht allzu viel praktische Resultate gezeitigt, was bei den großen, sprachlichen, ökonomischen und politischen Verdiktiven der einzelnen Länder nur zu begreiflich ist. Die Gründung des internationalen Sekretariats ist freudig zu erwarten.

Es nützt ja doch nichts! ist eine immer wiederkehrende Aussrede jüngerer Kollegen, welche in ihrer Plausch-gegenheiten der Berufsorganisation nicht beitreten wollen. Ein schönes Beispiel, was durch eine Organisation erreicht werden kann, gibt uns die vom Verband der Bildhauer Deutschlands aufgenommene Berufsschule von 1899. Darnach sind von circa 6000 im Beruf tätigen Bildhauern 4200 organisiert. Dem Holzgilde verband gehören 834, dem H.D. Gewerbeverein 200 an, insgesamt 1300 und also 4700 = 18,3 % organisiert; unorganisiert 1300 = 21,7 %. Zu der Holz- und Steinbranche ist Groß- und Kleinbetrieb gleichmäßig verteilt, in der Modellbranche überwiegen die größeren Betriebe. Das Lebendige gewesen lässt sich im Allgemeinen in normalen Grenzen. Bei den Kleinbetrieben ist natürlich die höhere Zahl von Lehrlingen anzutreffen, jedoch sind auch Großbetriebe verbunden, welche die Bezeichnung „Lehrlingsbetrieb“ verdienen. In der Holzbranche wird in 465 Geschäften bis zu 60, in 488 bis zu 54 und in 47 über 60 Stunden pro Woche gearbeitet; in der Steinbranche bis zu 48 Stunden in 69, bis zu 54 in 61 bis 60 in 11, über 60 in 2 Geschäften; in der Modellbranche bis zu 48 Stunden in 12, bis 54 in 163, bis 60 in 54 und über 60 in 2 Geschäften. Nach Branchen, jedoch sind auch Großbetriebe vorhanden, welche die Bezeichnung „Lehrlingsbetrieb“ verdienen. In der Holzbranche wird in 465 Geschäften bis zu 60, in 488 bis zu 54 und in 47 über 60 Stunden pro Woche gearbeitet; in der Steinbranche bis zu 48 Stunden in 69, bis zu 54 in 61 bis 60 in 11, über 60 in 2 Geschäften; in der Modellbranche bis zu 48 Stunden in 12, bis 54 in 163, bis 60 in 54 und über 60 in 2 Geschäften. Nach Branchen, wie vorhergehend geordnet, zählt die Statistik 831, 214, 294, also insgesamt 1459 Betriebe auf. Die Wohnverhältnisse geben folgendes Bild: In der Holzbranche arbeiten von 2797 Gehilfen in Lohn 1526, davon unter 25 Mt. 879, darüber 847 Gehilfen; in Alföld 553, davon unter 25 Mt. 580, darüber 273 Gehilfen. In der Steinbranche stehen von 405 Gehilfen in Lohn 211, davon unter 30 Mt. 63, darüber 148 Gehilfen; in Alföld 194, davon unter 30 Mt. 32, darüber 162 Gehilfen. In der Modellbranche arbeiten von 620 Gehilfen in Lohn 576, davon unter 30 Mt. 249, darüber 327 Gehilfen; in Alföld 44, davon unter 30 Mt. 8, darüber 36 Gehilfen. In der Holzbranche gelten 25 Mt. in der Stein- und Modellbranche 30 Mt. als Normal verdienst. Diese angeführten Beispiele legen bereites Zeugnis von dem Augen einer guten Organisation ab und sollten auch für die unorganisierten Arbeiter Anlass sein, in Arbeit und Bild mit den organisierten Brüderkollegen für Befreiung der wirtschaftlichen Verhältnisse weiter zu kämpfen.

Gitteraristos.

Dem Andenken **Wilhelm Liebknechts** ist eine Brodrolle gewidmet, die von einer Eisener Brauerei gegeben wurde im Vertrag der Rücknahme Vorwärts ergriffen ist. Unter Benutzung ungedruckter Briefe und Aufzeichnungen geht der Verfasser in 8 Kapiteln: Ein Gedenkblatt — Aus der Jugend. Der Freiheitler. Die Freiheitler — Klein-Preußen und Große Preußen — Landes-Vorstand — Unteres Sozialuntergebot. Das letzte Jahrzehnt in lebendiger Darstellung nicht bloß ein prächtiges, in dieser Darstellung ganz neues Lebensbild unseres berühmtesten großen Kämpfers, sondern auch eine glänzende Charakteristik der dortigen Freiheitlichkeit und seiner politischen und literarischen Bedeutung.

In Sachsen entfällt außer einer Porträts-Beilage auf Sammelblatt noch mit Vorwärts und Rotlichtungen im Lied.

Der Preis der Agitations-Ausgabe beträgt 30 Pf.

Am Ende von J. & W. Ley Nach ist jedoch aufzufallen: **Fester Hafttag zum Arbeiterricht** von A. Städtebau, enthaltend: Das neue Haftabrechnungsverfahren; Bau, See, Umlauf, Abrechnungsverfahren und Haftabrechnungsverfahren für Verteilungs- und Fortschreibstunden im Auslande. Für alle zur Gewerkschaftsverbindung vom 30. Juni 1900. Die Novelle zum Krankenversicherungsvertrag vom 30. Juni 1900. 110 Seiten. Preis: ganz gedruckt 75 Pfennig.

Lies auch Buchhandlungen und Kolporteur zu beziehen.

Der in jedem 25. Jahrgang (Zubildung Ausgabe vorliegende) **Neue Welt-Kalender für das Jahr 1901** (Hamburg, Vomaguer Verleger und Verlagsanstalt A. & Co.) enthält u. a.: Kalendarium, Vorwärts, Städtebau-Schulgel. Rückblatt. — Weinen und Blaufen. Am Kreislauf des Jahres. Auf dem Gewerkschafts-Vertrag von Robert Schröder I mit Illustrationen. Die Angabe des zwanzigsten Jahres. Von A. Bebel. — Lette im Vorw. Gedicht von Franz Dieckeler. Zwey Agitationen. Erzählgeschichte von Emil Roessow (mit Illustrationen). Auf meiner Schulmeisterin. Von Wilhelm Liebknecht. Poeten und Freigänger in Sudetia. Von Max Schuppel mit Illustrationen. — Jahrbücherwerke. Gedicht von C. Piccang. Sitten und Gebräuch. Von Dr. A. Rosenthal. — Naturwissenschaften. Von P. A. und Illustrationen. — Das soziale Bewußtsein bei Petrus. Von Dr. G. Heine. — Naturwissenschaften. Von A. G. (mit Illustrationen). Sonne, Gedicht von Paul Dr. von Bülow. — Weltkunst und Weltkunst. Von Dr. Curt Freudenberg. — Kari Detlef

(mit Porträt). — Zwei Gewerkschaftskämpfe. Von Hugo Poersch. — Das Kreuz am Teich. Gedicht von Scheib von Bremen. Fliegende Bildner. — Die dummen Männer. Schwanz von Börje Janssen. — Der unfehlbare Bärtieldier. — Träumgeiste und Brüderländer. — Drei vier vier Super: Mädchen am Brunnen. — Ein Gemeinderatsbildung auf dem Lande. — Ein Dienstag auf dem Lande. — Ein Nachbar-Garten. — Ein Dienstag auf dem Lande. — Ein Sonntagsblatt: Mittwochstraf. — Ein Dienstag auf dem Lande.

Versammlungs-Anzeiger.

Alljährlich die ihre Versammlungen regelmäßig an bestimmten Tagen abhalten können, können diese unter dieser Rubrik bekannt gemacht werden. — Rende rungen können nur ausschließlich berücksichtigt werden.

Berlin I. Aschafft Württemberg, Sonntag den 15. Oktober.

Berlin Ia. Altona-Danzig-Straße 9. Dienstag der Vorwärts. Dienstag Abend.

Berlin II. Monat, den 22. Oktober, Konradiner Damm 14.

Berlin III. (Kannisthal-Arbeiter). Sonntag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin IV. (Wiedenfelde 10). Wie Mittwoch nach dem 1. jeden Monats des Wiedenfelde. Wiedenfelde, Abend, ein bis 9 Uhr.

Berlin V. (Borsigstraße 10). Dienstagabend, ein bis 9 Uhr.

Berlin VI. (Siedlung Schlingensiedlung, Schlingensiedlung). Jeden Dienstag, nach dem 15. des Monats.

Berlin VII. (Siedlung Schlingensiedlung, Schlingensiedlung). Jeden Dienstag, nach dem 15. des Monats.

Berlin VIII. (Wiedenfelde 1). Wiedenfelde 1. Dienstag des nächsten Sonntags.

Berlin IX. (Altonaer der Republik-Inspektionen 10). Jeden Sonnabend, nach dem 15. jeden Monats.

Berlin X. (Wiedenfelde 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XI. (Wiedenfelde 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XII. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XIII. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XIV. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XV. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XVI. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XVII. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XVIII. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XIX. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XX. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XXI. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XXII. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XXIII. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XXIV. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XXV. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XXVI. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XXVII. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XXVIII. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XXIX. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XXX. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XXXI. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XXXII. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XXXIII. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XXXIV. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XXXV. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XXXVI. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XXXVII. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XXXVIII. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XXXIX. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XL. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XLI. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XLII. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XLIII. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XLIV. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XLV. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XLVI. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XLVII. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XLVIII. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin XLIX. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem 15. jeden Monats.

Berlin L. (Schlingensiedlung 1). Wiedenfelde 1. Dienstag nach dem